

Vorfahrt für Radler auch in der Region geplant

Das Beispiel Kopenhagen zeigt deutlich, wie das Auto seine Dominanz in den Städten verlieren kann

VON LORENZ BOMHARD

Zum Abschluss unserer Serie zum 200. Geburtstag des Fahrrads blicken wir nach vorne. Welche Zukunft hat das Radeln, oder ist es sogar teilweise eine Alternative zum Verbrennungsmotor? Ein Blick in andere Metropolen lohnt.

NÜRNBERG – Wer morgens vom Kopenhagener Stadtteil Christianshavn ins Zentrum radelt, ist nicht allein. 40 000 Zweiradfahrer passieren die Knippelsbrücke täglich, es wird eng auf dem vier Meter breiten Radweg. Doch es funktioniert.

Rote Ampeln werden beachtet; wer abbiegt, zeigt das mit der Hand an; wer stoppt, hebt die Hand. 52 Prozent der Kopenhagener fahren per Rad zur Arbeit, die anderen nehmen meist Bus und Metro, denn das Auto ist zumindest in der Innenstadt unpraktisch – schon deshalb, weil Parkreihen zugunsten von Fahrradwegen abgebaut wurden.

Wer sich frühmorgens auf der Knippelsbrücke in die Radkolonne einreicht, spürt schnell, dass hier keine Gelegenheitsradler unterwegs sind. All die Menschen, ob im Blaumann oder im edlen Zwirn, haben einen kräftigen Antritt. Die grüne Welle auf den Radstraßen ist etwa auf 20 Kilometer pro Stunde ausgelegt.

Viele Lastenräder unterwegs

Außerdem fällt die bunte Radmischung auf. Meist sind es stabile Modelle mit Schutzblechen, die schon ein paar Jahrzehnte auf dem Buckel haben. Nur selten aber fehlt die Beleuchtung. Und dann die Schönheiten: Lastenräder mit poliertem Holz, wo wahlweise zwei Kinder vor dem Radler sitzen oder sich der Einkauf stapelt.

Kopenhagen zählt zu den jüngeren Fahrradstädten in Europa: Amsterdam, Utrecht, Sevilla, Bordeaux, Nantes, Antwerpen, Eindhoven und Malmö waren teils schon früher dabei, Vorfahrt fürs Zweirad einzuführen.

Aber Kopenhagen hat sich im vergangenen Jahrzehnt besonders radikal zugunsten der Radler verändert und dabei viel investiert: Jährlich mehr als zehn Millionen Euro fließen in den Ausbau des Radnetzes. Und manche Straße ist inzwischen für Autos tabu – Rettungsfahrzeuge ausgeschlossen.

Dabei hatte die dänische Hauptstadt auch keine anderen Voraussetzungen als Nürnberg oder Berlin. Das Fahrrad war dort seit den 1920er Jah-



Die Radler erobern sich die Straßen zurück. Das Bild zeigt eine Szene in der belgischen Hauptstadt Brüssel an einem autofreien Sonntag.
Foto: Laurie Dieffembaq/dpa

ren das wichtigste Verkehrsmittel. Doch dann drückten Autos zunehmend die Radler an den Rand. Besonders deutlich wurde die Entwicklung pro Auto seit den 1950er Jahren mit der Motorisierung. Das fängt schon beim Parkraum an, etliche Straßenzüge sind einfach nicht für die hohe Zahl von Autos geeignet.

Und was wäre die Konsequenz? Kopenhagen macht es vor, lässt die Radler auf eigenen, farbig asphaltierten Trassen in der Stadt fahren. In Deutschland wäre eine solche Umwidmung wohl bisher in den seltensten Fällen politisch umsetzbar.

Im traditionsreichen belgischen Küstenort De Haan eifern die Verantwortlichen bereits dem dänischen Vorbild nach. Dort kommt es in den Dünen vor der Stadt zu der kuriosen Si-

uation, dass je ein Weg für Radler, für Reiter, für Fußgänger und der vierte für Jogger ausgewiesen ist.

Der Ausbau der Radwege in der Region war ursprünglich eher dem Tourismus geschuldet als Gedanken über den Umstieg von Pendlern aufs Rad. Oberfranken war in den 1980er Jahren Vorreiter beim Bau von Radwanderwegen.

Schnell zogen andere Bezirke nach. Entlang der Flüsse hat sich der Radtourismus etabliert. Inzwischen gibt es sogar schon Verleih- und Ladestationen für E-Bikes. Allerdings nimmt der Ansturm auf bekannte Radwege wie von Passau nach Wien inzwischen abschreckende Formen an: Manch einer fühlt sich wie im Stau auf der Inntalautobahn, nur die Luft ist besser.

Der Quantensprung beim Ausbau der Radwege zu schnellen Routen steht der Region noch bevor. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) haben erst kürzlich ein Konzept vorgestellt, das weit in die Zukunft reicht: Sieben Radschnellwege soll es um Nürnberg geben, die auch für Pendler interessant sein dürften. Als Projektbeginn wird 2020 angepeilt. Die Kosten liegen bei geschätzt 150 Millionen Euro. Laut Maly fahren 60 Prozent der Berufspendler mit dem Auto in die Stadt. Von den 52 Prozent Radlern in Kopenhagen sind die klimatisch begünstigteren Franken also noch weit entfernt. Allerdings könnte der Trend zum E-Bike hier bald für Veränderungen sorgen.

Zurück nach Kopenhagen: Nicht einmal im Winter bleibt in Dänemark das Rad stehen. Frühmorgens kehrt die Straßenreinigung zuerst den Schnee von den Radwegen.

200
JAHRE FAHRRAD

Demo war nur eine Satire

Anti-CSU-Kundgebung in Erlangen verlief absolut friedlich

ERLANGEN – Die Ängste waren am Ende unbegründet. Die Anti-CSU-Demonstration in Erlangen ging friedlich über die Bühne.

Die angemeldete Kundgebung der radikal-linken „Prolos“-Aktivisten aus Nürnberg hatte insbesondere bei Einzelhändlern, aber auch bei einigen Politikern Befürchtungen ausgelöst, die sich jedoch nicht bestätigten. Denn die Demonstration, an der laut Polizei rund 100 Menschen teilnahmen, verlief äußerst gesittet und ohne jegliche Zwischenfälle.

„Es ist absolut gar nichts passiert“, sagte schließlich auch Polizeisprecher Bert Rauenbusch über den Protestzug zur CSU-Geschäftsstelle im Röthelheimpark. Die öffentliche Aufmerk-

samkeit war aber groß. Zahlreiche Anwohner verfolgten das Geschehen von ihren Fenstern und Balkonen. Etliche Schaulustige, darunter Anlieger und Einzelhändler, zog es sogar direkt zum Ort des Geschehens.

Hätte man vorher wissen können und müssen, dass die Versammlung unter dem Motto „Joachim Herrmann – Welcome to Hell“ (Joachim Herrmann – Willkommen in der Hölle) nicht mehr ist als ein satirischer Streich? Die Veranstalter meinen ja – und kritisierten deshalb eben auch die mangelnde Informationspolitik durch Polizei und Stadt. Auch die Geschäftsinhaber selbst hatten im Vorfeld bemängelt, dass sie erst aus der Zeitung von der Demonstration erfahren haben.
SHARON CHAFFIN

Fehlersuche in Eier-Affäre

Die Landtags-Opposition will Antworten auf 350 Fragen

MÜNCHEN – Der Untersuchungsausschuss zur Bayern-Ei-Affäre nimmt am Dienstag seine Arbeit auf. Zunächst geht es um Verfahrensfragen.

Alle vier Fraktionen im Landtag hatten vor der Sommerpause für die Einrichtung des Kontrollgremiums gestimmt, das Fehler im Skandal um salmonellenverseuchte Eier aufdecken soll. Die Opposition hat mehr als 350 Fragen, die sie beantwortet wissen will.

In mehreren europäischen Ländern waren im Sommer 2014 Menschen an Salmonellen erkrankt. Mindestens ein Mensch soll an den Folgen gestorben sein. Die Behörden und die Staatsregierung sehen sich dem Vorwurf aus-

gesetzt, früh von dem Skandal um die niederbayerische Firma Bayern-Ei gewusst, die Bevölkerung aber nicht gewarnt zu haben.

Dem Ausschuss gehören neun Abgeordnete an: fünf von der CSU, zwei von der SPD, Freie Wähler und Grüne stellen jeweils ein Mitglied. Mit Mechthilde Wittmann (CSU) wurde erstmals in der Geschichte des Landtags eine Frau zur Ausschussvorsitzenden bestimmt. Das Gremium muss spätestens bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Herbst 2018 seine Arbeit abgeschlossen haben.

In dem Fall läuft auch ein Strafverfahren: Die Staatsanwaltschaft hatte im Januar gegen den Ex-Bayern-Ei-Chef Anklage wegen Körperverletzung mit Todesfolge erhoben.
dpa

Wähler setzen auf Kontinuität

Neumarkts OB triumphiert trotz Kritik – Altdorfer Initiative siegt

NEUMARKT/WEISSENBURG/ROTH – Die Kommunalwahlen in der Metropolregion Nürnberg haben klare Ergebnisse gebracht.

Neumarkts OB Thomas Thumann (Unabhängige Parteifreie Wählergemeinschaft UPW/Freie Wähler) hat gestern Abend triumphiert. Mit seinen rund 68,8 Prozent der abgegebenen Stimmen fühlten sich Anhänger an die einstigen Hochzeiten der CSU in der Oberpfälzer Jurastadt erinnert, als OB Kurt Romstück alle Gegner in die Schranken verwies.

OB Thumann bezeichnete den Wahlkampf als den „bisher längsten, in den letzten Wochen auch härtesten“. Die Wähler hätten ein deutliches Signal

Thomas Thumann, alter und neuer OB in Neumarkt.
Foto: Fritz-Wolfgang Eitzold



gesetzt, „auch einen Vertrauensvorschuss für die Zukunft“. Trotz schwerer Anschuldigungen aus der Opposition heraus, die zuletzt in einer erzwungenen Sondersitzung des Stadtrats gipfelte (*wie berichtet*), hat das Ansehen Thumanns in der Bevölkerung ganz offensichtlich nicht gelitten.

CSU-Bewerber Richard Graf, als Volksfestreferent der Stadt eigentlich auch auf Popularität geeicht, hat mit 25,5 Prozent der Stimmen etwas besser als sein Parteifreund sechs Jahre zuvor, abgeschnitten. Der Kandidat der Freien Liste Zukunft (Flitz), der Außenseiter Dieter Ries, musste sich mit 5,7 Prozent zufriedengeben.

In den Landkreisen Roth und Weissenburg-Gunzenhausen sind naturge-



Bleibt Landrat in WUG: Gerhard Wagemann.
Foto: Wolfgang Dressler

maß die beiden Landräte Herbert Eckstein (SPD) und Gerhard Wagemann (CSU) wiedergewählt worden – kein Wunder, denn sie hatten keine Gegenkandidaten. Beide Politiker gelten als äußerst beliebt und volksnah.

In Altdorf (Nürnberger Land) setzte sich bei einem Bürgerentscheid nach ersten Informationen klar die Bürgerinitiative gegen eine massive Bebauung des Geländes des ehemaligen Graffiti-Kult-Kinos mit über 71 Prozent gegen CSU und Freie Wähler durch. In Wilhelmsdorf im Kreis Fürth haben sich beim Bürgerentscheid 68 Prozent für den Erhalt des kommunalen Hallenfreibades ausgesprochen. HANS PETER REITZNER



Als Rother Landrat bestätigt: Herbert Eckstein.
Foto: Detlef Gsänger



Salat und Bohnen verschönern die Fassade.
Foto: Landesanstalt

Wenn Gemüse an der Wand entlangwächst

Bayernweites Pilotprojekt der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim

VON HELENA BÖSMÜLLER

Bei einem bayernweiten Pilotprojekt der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim wachsen Salat, Bohnen und Erdbeeren nicht aus dem Boden, sondern nach oben an der Wand entlang. Das Modellvorhaben verbindet Vorteile und Nutzen von Fassadenbegrünung und „Urban Gardening“.

VEITSHÖCHHEIM – Die Versuchsanlage in Veitshöchheim besteht aus vier Testwänden mit vier unterschiedlichen Systemlösungen. Derartige Anlagen werden bereits erfolgreich bei der Fassadenbegrünung mit Stauden und Zierpflanzen eingesetzt. Nun sollen die modifizierten Systeme auch auf die Praxistauglichkeit im Gemüseanbau erprobt werden, erläutert Projektmitarbeiter Florian Demling.

Bereits im Herbst vorigen Jahres waren die technisch recht aufwendigen Anlagen mittels einer Stahlkonstruktion an die Wand montiert worden. Dabei achteten die Macher auf die ideale Sonneneinstrahlung und

auf Windschutz für die Pflanzen. Diese wachsen auf Substrat, Vlies oder in einem Rinnensystem in Wasser.

Zusätzlich zum Regen als natürliche Versorgung kann jede Versuchseinheit bei Bedarf von oben künstlich bewässert werden. Durch die Schwerkraft fließt das Wasser nach unten, so dass auch die Pflanzen in den unteren Reihen versorgt werden. Überschüssiges Wasser lässt sich mittels Rinnen auffangen und wieder dem Kreislauf zuführen. Für die Pflanzen wichtige Nährstoffe sind im Wasser gelöst. So entsteht ein vertikaler Garten, eine lebendige Wand – die „Living Wall“.

Wenig Raum für Grün

Zahlreiche Städte in Deutschland erarbeiten Pläne für eine grüne Infrastruktur. Vor allem der Klimawandel stellt die Stadtentwicklung vor neue Aufgaben. Wegen der dichten Bebauung und großen Flächenversiegelung heizen sich die Wohnquartiere im Sommer zügig auf.

Angesichts immer neuer Hitzerekorde machen sich Stadtplaner Gedanken über eine Begrünung der Wohn-

quartier und die Belüftung der Kommune durch Luftschneisen aus dem Umland. Parks, Grünanlagen und Bäume an den Straßenrändern sollen die Folgen der Erderwärmung erträglicher machen.

Da ist beispielsweise Würzburg. „Schon die kleinste begrünte Fläche wirkt sich positiv auf das Stadtklima aus. Besonders in hochverdichteten Quartieren, die nur wenig Raum für Grünflächen bieten, ist es deshalb wichtig, auch die Potenziale von Fassaden und Dächern zu nutzen“, erklärt Philipp Mähler, Klimaschutzmanager der Stadt am Main.

Nicht nur in Würzburg hat man erkannt, dass emporwachsende Pflanzen die darunterliegende Fassade schützen, indem sie einen Großteil der eintreffenden Wärmestrahlung reflektieren und durch Verdunstung reduzieren. Ein hübscher Nebeneffekt ist, dass die Begrünung ein Gebäude verschönert sowie Insekten und Vögel einen Lebensraum bietet.

Den Gemüseanbau an Hauswänden testet nun die Veitshöchheimer Landesanstalt in einem zweijährigen Ver-

such. Das Pilotprojekt zeigt auf, wie sich die Vorteile der Fassadenbegrünung mit dem Nutzen von „Urban Gardening“, also der lokalen Nahrungsmittelproduktion, verbinden lassen.

In der ersten Versuchsreihe wurden heuer insgesamt 392 Salatpflanzen und 196 Erdbeerpflanzen an die Wand gesetzt sowie 196-mal Buschbohnen gesät. Die Auswahl wurde bewusst so getroffen, weil die Pflanzen ähnliche Ansprüche an die Düngung und Bewässerung haben.

Ernte im Oktober

Im Mittelpunkt des ersten Jahres steht die Beobachtung der individuellen Pflanzenentwicklung, also die regelmäßige Überprüfung der Pflanzen und mögliche Ausfälle in den vier Systemen. Auch Aufwand und Praxistauglichkeit der Anlagen fließen in die Bewertung ein.

Für den Start in das zweite Versuchsjahr ist nach der Ernte im Oktober eine Neupflanzung der Gemüsefassade geplant, damit auch im Frühjahr 2018 aus der Testfläche wieder eine echte „Living Wall“ wird.